

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post
25 M., unter Streifenband 38 M.

Schriftleitung und Versand:
Berlin S 42, Luisenauer 1 :: Fernruf: Moritzplatz 3725

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

In der Zeit vom 3. Dez. bis 16. Dez. sind die Beiträge für die 49. u. 50. Woche fällig.

Neue Beitragsklassen

sind den weiter veränderten Geld- und Lohnverhältnissen entsprechend eingerichtet. Z. T. sind die neuen Beitragsmarken den Verwaltungen bereits übersandt. Es ist eine weitere Staffe- lung um je 10 Mark beibehalten und zunächst bis ein- schließlich 200 Mark eingeführt.

Die Unterstützungen bauen sich entsprechend auf die bisherige Grundlage auf. Die Streikunterstützung be- trägt nach 13wöchiger Beitragsleistung die doppelte Höhe des Beitrages.

Die Sätze der Arbeitslosen- und Krankenunter- stützung erhöhen sich in jeder Staffel um 4 M. pro Tag, das Sterbegeld um je 400 M.

Das Eintrittsgeld wird mit sofortiger Geltung erhöht auf 20 M. für weibliche und jugendliche, 50 M. für männliche Mit- glieder. Die Gebühren für Ausfertigung von Ersatz-Mit- gliedskarten beträgt 20 M., für Ersatz-Mitgliedsbücher 50 M.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Beitragsmarken zu 4, 6, 8, 14, 18, 22 und 26 M. als ungültig erklärt, sofort einzuziehen und an die Hauptverwaltung zurückzuliefern sind.

Die Hauptverwaltung.

Alb. Lehmann.

Antikriegsmarken der Gewerkschafts-Internationale

sind allen Verwaltungen übersandt worden. Diese Extrabeiträge sind Pflichtbeiträge, müssen also von jedem Mitglied entrichtet werden. Sie betragen für männliche Mitglieder 5 M., für weibliche und jugendliche 3 M. Restloser Umsatz der unserer Mitgliederzahl entsprechenden Anzahl von Marken ist ge- werkschaftliche Ehrenpflicht, da es sich um Aus- führung von Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I. G.-B.) und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes handelt. Zweck dieser Extrabeiträge ist die Schaffung eines internationalen Propagandafonds zur Bekämpfung der Reaktion und Kriegsgefahr. Der Widerstand gegen- über dem Krieg hat sich bisher weit mehr auf dem Gebiete des Gefühls als in einer wirklichen Friedensorganisation betätigt. In dieser Erkenntnis hat der I. G.-B. einen Weltkongreß einberufen, an dem nicht nur alle Arbeiterorganisationen, sondern auch alle jenen sozialen Gruppierungen teilnehmen sollen, die auf- richtig den Frieden wollen. Denn in allen Völkern lebt unwider- stehlich der Wunsch, eine Wiederkehr der letzten Greuel zu ver- hindern. Will man indes zu einem Resultat kommen, muß man das Gebiet der Sentimentalität verlassen und entschlossen den Weg praktischer Maßnahmen betreten. Es ist ein internationales, über dem Willen und der Willkür der Herrschenden stehendes Recht zu schaffen; in allen Ländern muß eine einheitliche Be- wegung erzeugt werden, die alle Jenen in ihre letzten Ver- schanzungen zurücktreibt, die unablässig vom Frieden reden, deren Taten aber auf die entgegengesetzte Wirkung abzielen. Der I. G.-B. schickt sich an, mit der Gesamtheit aller Kräfte, die den Frieden wollen, einen internationalen Versuch zu wagen, der es ermöglichen soll, die Wiederkehr aller bösen Instinkte der Ver- gangenheit zu verhindern und den Weg freizumachen für eine wirtschaftliche und allgemeine Politik, die im Gegensatz zur heu- tigen gegen die friedliche Entwicklung gerichtete, die Erhaltung des Friedens erstrebt.

Diesem hohen Ziele gilt es, auch unsererseits zuzustreben. Davon wird sich keins unserer Mitglieder ausschließen wollen.

Der Hauptvorstand.

Die wirtschaftliche Lage unseres Berufes.

II.

Schon seit langer Zeit machen sich in Unternehmerkreisen Be- strebungen bemerkbar, eine gesunde Preispolitik durchzu- führen. Bisher scheiterten die Versuche an der Rückständigkeit der Unternehmer, zum Teil auch dadurch, weil unter früheren Verhältnissen auch der Kleinbetrieb mit rückständiger Verfassung sich noch notdürftig über Wasser halten konnte. Die Katastrophe der Marktwertung bedroht aber jetzt Klein- und Mittel-, ja auch Großbetriebe, und es scheint, als wenn diese Not auch die rück- ständigen Unternehmer zur Einsicht bringt. In allen unseren Arbeitgeberzeitingen steht die Frage einer gesunden Preisregelung zur Debatte. Man ist sich wohl bewußt, daß das allein nicht zum Ziele führt. Gefordert wird außer der einheitlichen, nach festen Grundlagen geregelten Preisbestimmung auch die Bildung von genossenschaftlichen Ein- richtungen für Einkauf, Verkauf und Transport, mehr Spe- zialisierung der Kulturen und die Bedarfswirt- schaft, d. h. Erzeugung wirklich benötigter Produkte, doch nicht über den voraussichtlichen Bedarf hinaus. Auch die Forderung der Typisierung und Normalisierung für Bedarfsartikel, der Be- rufsausbildung, der Ausschaltung der Konkurrenz von Kommunal-, Guts- und Privatgärtnereien, der Veranstaltung von Ausstellungen usw. spielt eine Rolle.

Die einheitliche Preisfestsetzung ist in den Verbänden der Samenbau- und Baumschulenbetriebe schon seit langer Zeit straff durchgeführt. Wir haben darauf schon im ersten Artikel ver- wiesen. Ergänzend möchten wir noch bemerken, daß wir in neuester Zeit die Preisliste einer holsteinischen Baumschule in die Hand bekamen, in der die Preise nach Goldmark festgesetzt sind, z. B. ein Apfelhochstamm 1,20 M., Halbstamm 0,80 M., ein Birnen- hochstamm 1,40 M. usw. Bei einem Dollarstand von 6000 M. be- deutet 1,20 M. in Goldmark rund 1700 M.! (Auf den Lohn umge- rechnet bedeutet ein Stundenlohn von 40 Goldpfennigen 571 M. Stundenlohn in Papiermark.) In der Baumschulen- und Samen- branche ist die einheitliche Preispolitik auch einfacher durchzu- führen. Es handelt sich hier vorwiegend um Versandartikel und ausschlaggebend sind die Großbetriebe.

Ganz anders liegt es aber bei den sogenannten Handelsgärt- nereien. Hier gibt das Platzgeschäft den Ausschlag, die weitaus größere Anzahl davon sind schwer organisierbare Klein- betriebe, die entweder nur für Wiederverkäufer oder daneben noch für Einzelkäufer produzieren. Wieder andere erzeugen selbst nichts oder wenig, sondern kaufen nur fertige oder halbfertige Ware, die sie dann wieder vertreiben. Außerdem gibt es Gärt- nereien, die nur für Versand, andere die für beides kultivieren. Außerdem muß man die Gärtnereien in solche einteilen, die Topf- pflanzen, Freiland-, Gemüsepflanzen, fertige Gemüse oder Pro- dukte hunderterlei Art kultivieren, sogenannte gemischte Be- triebe, oder solche, die nur wenige Artikel ziehen, also die Spe- zialbetriebe. Die Vielseitigkeit und Verschiedenartigkeit ist un- endlich, daher die Preisbestimmung unverkennbar schwierig, aber doch nicht unmöglich.

Die süddeutschen Verbände hatten sich einen Wirtschafts- ausschuß geschaffen, der unter Führung des Herrn Rupfllin bahnbrechend vorangegangen ist. Dieser Ausschuß ist jetzt vom Reichsverband deutscher Gartenbaubetriebe übernommen. Rupf- llin fordert in erster Linie eine gesündere Kalkulation, mit guter Buchführung als Voraussetzung, die ja leider in vielen Betrieben noch unbekannt ist. In Nr. 45 des Handelsblattes schreibt er über diese Methode folgendes:

Jeder kaufmännisch gebildete Gärtner muß wissen, daß sich der Verkaufspreis 1. aus dem produktiven Arbeitslohn bzw. der Einkaufssumme, 2. aus den Unkosten und 3. aus dem Reingewinn zusammensetzt. Unter produktiven Löhnen versteht man nur diejenigen Lohnausgaben bzw. diejenigen Arbeiten, welche zur Erzeugung unserer Ware aufgewendet werden.

Unter den Einkauf fallen außer dem Zerkau von Pflanzen und Waren auch die Beschaffung von Blumentöpfen, Packmaterial sowie die Ausgaben für Frachten usw., welche Beträge in vielen Betrieben räumlich unter Unkosten gebucht werden. Im Einkaufskonto erscheinen also sämtliche Artikel, welche in irgendeiner Form, also verarbeitet oder unverarbeitet, wieder weiterverkauft werden.

Unter die Unkosten fallen ferner die unproduktiven Löhne und Gehälter, wozu auch die Schreibarbeit des Geschäftsinhabers, die Verkaufstätigkeit seiner Frau und Familienmitglieder, sowie das Befahren des Marktes und Feilbieten auf demselben kommen. Ferner zählen zu den Unkosten die Ausgaben für Fuhrwerk, Dünger, Beheizung, Beleuchtung, Unterhaltung der Betriebsrichtungen (Verglasung, Anstrich usw.), Amortisation derselben, Verzinsung des Anlagekapitals, Steuern, Versicherungen, Pektame, Telefon und sonstige Bürounkosten, Unterhaltung der Fahrräder, etwaige Reparaturen durch Handwerker, Verbands- und Vereinsbeiträge usw., kurz alle jene Ausgaben, welche nicht für produktive Löhne oder Waren- und Pflanzeneinkauf in Betracht kommen. Die Ausgaben für produktive Löhne, für den Einkauf und für die Unkosten müssen streng getrennt verbucht werden, und jeder kaufmännisch rechnende Gärtner muß wissen, in welchem Verhältnis die in seinem Betriebe vorkommenden Unkosten sich zu den Löhnen bzw. zum Einkauf verhalten; denn daraus allein kann die Verteuerung der Produktion ohne große Umstände errechnet werden; ich verweise schon jetzt auf das später folgende Beispiel.

Zunächst zur Frage, wieviel darf bzw. muß ein Gärtner verdienen? Diese Frage kann kurz dahin beantwortet werden, daß man sagt, der Gärtner muß soviel verdienen, wie er zu seinem und seiner Familie Unterhalt und zu einer bescheidenen Rücklage für sein Alter braucht. Der Wirtschaftsarsch hat diese Frage eingehend geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß in den meisten Fällen ein Reingewinn von 30 Proz. als angemessen zu betrachten ist.

Im allgemeinen unterscheiden wir dreierlei Kalkulationsmethoden: 1. die oben erwähnte Umsatzrechnung, 2. die Berechnung der Gestehungskosten der einzelnen Kulturen und Kulturverfahren, 3. die Berechnung der Teuerungszahlen nach der Verteuerung der Löhne und Unkosten.

Die unter 2 angeführte Methode (Berechnung einzelner Kulturen) habe ich erstmals im Februar 1908 in Kempten anlässlich einer Gruppenversammlung angewandt. Diese Art der Selbstkostenberechnung ist gut, aber sie ist etwas umständlich, daher zeitraubend und erfordert zu erhebliche Erfahrung, wenn die Rechnung tatsächlich der Wirklichkeit entsprechen soll.

Die dritte Berechnungsart beruht auf der Feststellung der Teuerungszahlen nach der Verteuerung der Löhne und Unkosten, wie sie heute vom Wirtschaftsausschuß angewendet wird. Grundlegend sind die Feststellungen der Friedensgrundpreise, sowie des Durchschnittsstundenlohnes von 1914, sowie die Erfahrung, daß in gemischten Betrieben in den letzten Jahren vor dem Kriege die allgemeinen Geschäftskosten gleich waren den produktiven Löhnen. Um die Verteuerung jeweils feststellen zu können, muß demnach der Durchschnittsstundenlohn von heute, sowie die durchschnittliche Verteuerung der Unkosten errechnet werden. Da aber die Unkosten für Freilandkulturen viel geringer sind als für Gewächshauskulturen, hat der Wirtschaftsausschuß die Verteuerung der Produktion mittels besonders hergestellter Formeln für die verschiedenen Einzelgruppen besonders berechnet. Beispielsweise wurde am 17. Oktober dieses Jahres folgende Verteuerung der Produktion festgestellt:

- Gruppe I: Reine Freilandkulturen 200 fach.
- Gruppe II: Kulturen unter Glas, jedoch ohne Topf und ohne Heizung, 305fach.
- Gruppe III: Kulturen häufig unter Glas, häufig im Freien, 255 fach.
- Gruppe IV: Topfpflanzen aus Freilandkultur (jedoch ohne Überwinterung) 210 fach.
- Gruppe V: Topfpflanzen unter Glas gezogen, ohne Heizung, 295 fach.
- Gruppe VI: Topfpflanzen aus dem Gewächshaus 310 fach.

Wie bereits eingangs erwähnt, werden diese Teuerungszahlen vom Wirtschaftsausschuß allmonatlich neu errechnet und in der Zeitung bekannt gegeben. Es ist dann lediglich der Friedensgrundpreis unserer Erzeugnisse mit der einschlägigen Teuerungszahl zu vervielfachen, woraus sich dann der neue Verkaufspreis ergibt.

Dieser neue Verkaufskreis wird dann gewöhnlich in den Orts- oder Bezirksgruppen den dortigen Verhältnissen entsprechend nach unten oder oben etwas abgerundet.

Nach den Presseäußerungen zu urteilen, wird sich diese Methode bald durchgesetzt haben. Für uns ist wichtig, daß bei den neuen Männern die Befürchtung nicht laut wird, daß die so festgesetzten und erhöhten Preise das kaufende Publikum abschrecken würden. Es ist auch wahrscheinlich, daß diese Gefahr von den Unternehmern aus Konkurrenzfurcht zu schwarz geschildert wird. Es ist aber auch möglich, daß diese Männer der richtigen Ansicht sind, ein Beruf, der seinen Mann nicht ernährt, sei nicht wert, zu existieren. Der Ruin würde bei dauernder Unterkalkulation ja ebenfalls sicher bevorstehen.

Als die nächste nicht minder wichtige Aufgabe der Abteilung für Wirtschaft des Reichsverbandes wird die Regelung der Warenerzeugung zwecks Vermeidung von Überproduktion und die gemeinschaftliche Verwertung der Erzeugnisse bezeichnet.

Die Regelung der Erzeugung zum obigen Zwecke erfordert eine gute Kenntnis der Absatzmöglichkeiten. Bis jetzt war es allgemein folgendermaßen: In einem Jahre war irgendein Artikel besonders knapp und darum gut im Preis. Flugs warfen sich alle Gärtner des betreffenden Wirtschaftsgebietes auf diese Kultur. Das haben wir z. B. in den letzten Jahren bei Gemüsepflanzen, Hortensien, Sommerschnitt usw. erlebt. Der Markt ist dann in der nächsten Saison mit den Artikeln so überfüllt, daß man damit „Schweine füttern“ kann. Die Folgen sind Schleuderpreise, die unter den Gestehungskosten liegen und Abwendung von diesem Geschäft. Dieses Spiel wiederholt sich regelmäßig zum Schaden des gesamten Berufes. Die Regelung der Erzeugung ist also nötig, sie verlangt allerdings eine starke, disziplinierte Organisation. Eine erhebliche Erziehungsarbeit ist hierfür bei den Unternehmern noch zu leisten. Der Herr-im-Hause-Standpunkt, die ungebundene Wirtschaft, muß also auch hier aufhören. Der Unternehmer muß es sich gefallen lassen, von seiner Organisation vorgeschrieben zu bekommen, welche Kultur er aufnehmen soll und in welchem Umfang.

Bei manchen Unternehmerorganisationen hat die Beherrschung der Produktion zu einer Monopolstellung geführt, die für die Konsumenten, also für die breite Volksmasse, zu einer Gefahr

wurde. Das dürfen wir als Arbeitnehmer nicht übersehen. Doch dürfte diese Gefahr in unserem Berufe kaum bestehen.

Bei der Durchführung der festgesetzten Preise wird freiwillige Disziplin allein nicht zum Ziele führen, Druckmittel werden unvermeidlich sein, werden auch heute schon angewandt. Die selbständigen Gärtner — einschließlich der Blumen-geschäftsinhaber und Landschaftsgärtner — von Hagen und Umgebung hatten im März d. J. eine Preisliste herausgegeben, an deren Schluß es hieß: „Kollegen, die die vorstehenden Mindestpreise nicht innehalten, werden von den Mitgliedern unseres Vereins boykottiert.“

Auch dem genossenschaftlichen Verkauf der Erzeugnisse und Einkauf von Bedarfsartikeln wird große Aufmerksamkeit gewidmet. In Breslau und Dresden bestehen seit langen Jahren solche Genossenschaften. Deren Mitglieder verkaufen ihre Erzeugnisse nicht selbst, sondern liefern sie an die Zentralen, die sie in großen Verkaufsräumen zu vorher festgesetzten Preisen absetzen. Dadurch wird das gegenseitige Unterbieten beseitigt, zahlreiche Arbeitskräfte, die den ganzen Tag am Markt standen, werden spart und für die Produktion frei gemacht. Das sind Vorteile nicht allein im Unternehmerinteresse, sondern auch im volkswirtschaftlichen Interesse liegen. Der heutige Zustand, daß tagtäglich tausende von Gärtnern mit einem kleinen Hand- oder Pferdewagen voll Waren am Markte stehen und ihre Zeit mit unproduktiven Arbeiten vertrödeln, die durch genossenschaftliche Maßnahmen vielleicht mit nur 20 Proz. der bisherigen Arbeitskräfte bewältigt werden können, ist haarsträubend. In Breslau ist man dazu übergegangen, Schnittblumen, die im Übermaße am Markt waren, in Kühlräumen aufzubewahren, wo sie sich lange Zeit halten. Bei Mangel an Blumen wurde diese Ware wieder auf den Markt gebracht und dann zu guten Preisen abgesetzt. Derartige Maßnahmen kann nur ein Großunternehmer oder ein genossenschaftlicher Betrieb durchführen.

Die genannten Genossenschaften hatten bisher mit vielen Widerwärtigkeiten zu rechnen, besonders durch den Widerstand in den eigenen Reihen. Es scheint, als wenn auch hier eine Besserung eintritt.

Der genossenschaftliche Einkauf von Bedarfsartikeln, Glas, Kitt, Samen, Düngemittel usw. wurde außerdem auch von örtlichen Gruppen der Unternehmervverbände getätigt. Auch das soll mehr gefördert werden. Die Gründung einer Zentralgenossenschaft, mit nach Bezirken und Orten gegliederten Unterorganen, dürfte die notwendige Folge sein.

In Tamm (Württbg.) besteht eine Einkaufsgenossenschaft für alle gärtnerischen Artikel. Sie hat in letzter Zeit neue Magazine mit eigenen Gleisanlagen geschaffen. Hier lagern Torfmüll, Kunstdünger, Töpfe, Matten, Glas usw. Kitt wird in einer eigenen Fabrik hergestellt. Diese Genossenschaft hat sehr gute Erfolge erzielt.

Nicht allein in der Handelsgärtnerei sehen wir die Bestrebungen, eine Gesundung des Berufes durch gute kaufmännische Grundlagen herbeizuführen, auch die Landschaftsgärtnerei folgt auf dem Gebiete. So hat die Ortsgruppe Köln des Bundes deutscher Gartenarchitekten einen Normaltarif für Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner ausgearbeitet, der alle Arbeiten, die zur Anlage und Instandhaltung von Gärten gehören, spezialisiert. Erdarbeiten werden nach den Bodenarten eingeteilt. Dann wird festgestellt, daß für Umgraben, einen Spatenstich tief — ca. 25 cm — in Bodenart I 10 Minuten, II 12 Minuten, III 15 Minuten je Quadratmeter gebraucht werden. Es wird unterschieden, ob mit oder ohne Unterbringung von Düngung, dasselbe für Rigolen. Es folgt Zeitberechnung für Bodentransport, gegliedert nach Bodenart, Beförderungsmitteln (Schiebkarren, Handkippwagen), nach Transportweite und -Steigung, ebenso Zeitfestsetzung für Wegebau, Tennisplätze und für Pflanzarbeiten, letztere spezialisiert für Bäume und Sträucher nach Umfang des Stammes bzw. des Ballendurchmessers, ebenso für Rasenaussaat, Schneiden des Rasens usw. Es ist, wie der Vorstand schreibt, ein erfreulicher Anfang. Die konsequente Weiterführung wird das berüchtigte Pfluschertum, das auf Kosten des guten Rufes der soliden Firmen und auf Kosten der Knochen unserer Kollegen lebt, allmählich beseitigen.

Die Friedhofsgärtner folgen dem Beispiele und, der Not gehorchend, werden städtische und kirchliche Friedhofsverwaltungen denselben Weg gehen müssen. Am 8. Oktober haben die Vertreter für das Friedhofswesen in Süddeutschland Richtlinien für die Berechnung der Grabpflege aufgestellt. Die ortsüblichen Sätze der Vorkriegszeit bilden für die Berechnung die Norm und werden mit der Reichsindexziffer der Lebenshaltung multipliziert. Der Betrag ist am Tage der Rechnungsstellung fällig. Wird er innerhalb 14 Tagen nicht beglichen, werden Zuschläge entsprechend der fortschreitenden Geldentwertung erhoben.

Über eins müssen sich die Arbeitgeber allerdings bei Durchführung ihrer Pläne im klaren sein. Alle Maßnahmen lassen sich nur mit einem beruhsfreudigen, gut gebildeten Personal verwirklichen, das seine Existenz gesichert sieht. Dies gilt für Gelernte

Das teure „Gärtnerei-fachblatt“.

Jedesmal, wenn der Bezugspreis erhöht werden muß, treten natürlich auch Befürchtungen auf, daß ein solch „hoher“ Preis nicht mehr zu tragen sei. Hier zeigt sich, daß sich mancher durch die heutigen hohen Nennwerte der Zahlen beeinflussen läßt. Wir müssen uns aber angewöhnen, den Preis einer Sache nach dem Verhältnis zum Lohn zu beurteilen. Tun wir das, so ergibt sich, daß unser Fachblatt heute billiger ist denn je.

Zum Beweis hierfür berechnen wir das Verhältnis zwischen dem Bezugspreis zu dem Tariflohn eines Ortes mit günstigem und eines Ortes mit ungünstigerem Lohn:

Datum:	Tariflohn		Bezugspreis:	% eines Stundenlohns	
	in E.	in D.		in E.	in D.
1. 1920	1,60 M.	1,50 M.	2,— M.	125,0	133,3
3. 1920	3,30 „	2,75 „	2,50 „	75,8	90,8
10. 1920	4,10 „	3,05 „	4,— „	97,5	76,0
1. 7. 1922	17,75 „	17,69 „	8,— „	45,0	45,5
1. 10. 1922	74,50 „	49,90 „	30,— „	25,6	40,0
1. 11. 1922	110,— „	85,50 „	40,— „	36,3	46,8

Man stelle in jedem Ort die gleiche Berechnung an!

und Ungelernte; denn daß die Zahl der letzteren zukünftig noch mehr als bisher überwiegen wird, steht fest. Das beweisen alle Großbetriebe, ebenso Mittelbetriebe in Spezialkulturen. Wir begegnen heute betr. der Fortbildungsschule nicht mehr solchen rückständigen Auffassungen wie vor 10 oder 20 Jahren. Immer mehr sieht man in Unternehmerkreisen die notwendige Berufsbildung der Arbeitnehmer ein, doch wissen wir auch, welche Widerstände noch zu überwinden sind; denn oft versuchen die Unternehmer mit der Zugehörigkeit zur Landwirtschaft zu beweisen, daß ihre jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge nicht zum Schulbesuch verpflichtet sind. Immerhin zeigen die Äußerungen in der bayrischen Gärtnerversammlung (vergl. vorige Nummer) erfreuliche Fortschritte. Im „Handelsblatt“ Nr. 44 schreibt H. Müller-Braunschweig in einem Artikel „Wie macht sich der deutsche Erwerbsgartenbau möglichst unabhängig vom Ausland?“ einleitend:

„Nur das fähigste und beste Menschenmaterial darf in Zukunft unserem Berufe zugeführt werden, soll unser deutscher Gärtnerberuf die Höhe erreichen, welche ihm im Interesse aller Beteiligten zu wünschen ist. Kein zweiter Beruf stellt so große Anforderungen an körperliche und geistige Fähigkeiten, wie der Gärtnerberuf, darum, Berufskollegen, wählt, bevor ihr junge Leute als Lehrlinge einstellt, das Beste vom Besten aus, es ist gerade gut genug, unseren Beruf zu erlernen. Nur auf diesem Wege wird es gelingen, den Lehrlingszüchtereien entgegenzutreten und dem Berufe ältere wertvolle Kräfte zu erhalten, die heute von dem jüngeren Nachwuchs aus dem Beruf herausgedrängt werden, weil viele ihren Unterhalt in gelehrten Berufe nicht mehr finden. Ich habe auch eine weise Beschränkung der Zahl der zu haltenden Lehrlinge entsprechend der Anzahl der beschäftigten gelehrten und bezahlten Kräfte auf gesetzlicher Grundlage für unumgänglich notwendig, um dem Beruf tüchtige Kräfte, die heute mehr oder minder mit etwa 30 Jahren in andere Berufsweige abgedrängt werden, zu erhalten. Es ist dieses immer der Grund, warum in vielen Betrieben die Kulturen nicht auf der Höhe stehen, wie sie es sollten, denn mit ständig wechselndem Personal, das immer wieder für die Bedürfnisse des betreffenden Betriebes neu eingelernt werden muß, sind Höchstleistungen nicht zu erzielen.“

Das sind Auffassungen, denen man nur zustimmen kann, die beweisen, daß auch in Arbeitgeberkreisen die Zeiterfordernisse klar erkannt werden, und daß man ihnen nicht rat- und tatlos gegenübersteht.

Bis vor kurzer Zeit waren es immer nur einzelne Unternehmer, die auf die dringende nötige Umstellung hinwiesen. Sie wurden teilweise als Eingänger und Sonderlinge betrachtet. Man glaubte, an den alten Zuständen nichts ändern zu dürfen, unter denen doch Großvater erfolgreich vorangekommen war.

Wir sehen, daß neues Leben aus den Ruinen blüht, wir sehen, daß man auch in den Kreisen der Unternehmer überzeugt ist, daß die Gärtnerei nicht am Ende ihres Lateins steht, sondern sich nur umstellen, modern organisieren muß; ein Standpunkt, wie er von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern schon vor Jahrzehnten vertreten wurde, wenn die Unternehmer bei Forderungen auf erhöhten Lohn, geregelte Arbeitszeit und Abschluß von Tarifverträgen behaupteten, solche Dinge wären für die Gärtnerei nicht tragbar.

Die nach der Revolution bedeutend erstarkte Bewegung der Arbeitnehmer unseres Berufes hat auch hier ihr Teil dazu beigetragen, daß die Unternehmer einsehen, daß der jetzige Schlenker nicht weitergehen kann. Ihre vor Jahren oft ausgesprochene Hoffnung, daß in einigen Jahren kein Mensch mehr von Tarifverträgen reden würde, ist fehlgeschlagen. Unerschüttert steht unser Verband und ficht für die Interessen seiner Mitglieder. Wo man unseren Wünschen nicht Rechnung trägt und die alten Hungerlöhne bestehen läßt, ist eine vernünftige Arbeitskraft nicht mehr zu bekommen, was weiterhin zum Verderben des Berufes beiträgt.

Unsere Mitglieder wollen aber auch aus diesen Darlegungen erkennen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Beruf nicht ganz einfach liegen, daß auch ein Kleinbetrieb viele Kenntnisse und viel Umsicht erfordert, wenn er rentabel sein soll. Dies verkennend, greifen viele Kollegen mit geringen Mitteln zur Selbstständigkeit, nicht vorwärts kommend, vergrößern sie das Meer der Bruchkrauter oder gehören bald zu den gescheiterten Existenzen. Solche unternehmungslustige, aber unbemittelte Kollegen seien dringender denn je gewarnt, eine eigene Existenz zu gründen.

Wir brauchen wirtschaftliche Einsicht, um ein treffendes Urteil fällen zu können. Eignen wir uns Kenntnisse an, dann werden wir allen Einwänden der Unternehmer, wenn sie nur Vorwände sind, bei Tarifverhandlungen vor Schlichtungsausschüssen, in Verhandlungen im Gartenbauausschuß, später in Bezirkswirtschaftsräten begegnen können. Wir wollen im heutigen Wirtschaftsleben mitbestimmen. Dazu ist erforderlich, daß wir nicht nur leben, sondern auch etwas wissen. J. Busch.

Wer ist für die Steigerung der Produktion verantwortlich?

Die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat hat es mit sich gebracht, daß man zwar in Afrika kolonisiert, aber im Inlande große Flächen kulturfähigen Landes un bebaut liegen ließ, sodaß Nahrungs- und Futtermittel eingeführt werden mußten, während Industrie und Handel sich immer mehr auf Export einstellen, um Absatzgebiete für die Überproduktion zu finden. Mit diesen Ausfuhrartikeln wurde die Einfuhr nicht nur bezahlt, sondern es blieb sogar noch ein erheblicher Überschuß zu unseren Gunsten, kurz, die Handelsbilanz war aktiv.

Der Weltkrieg, den man in vielen Kreisen mit auf diesen Wettbewerb Deutschlands zurückführt, hat nun die gesamte Weltwirtschaft aus ihrer Bahn geschleudert, sodaß überall ein Produktionsrückgang vorhanden ist, der sich nur allmählich bessert. Die Gründe dafür zerfallen in innen- und außenpolitische, die besonders vom Friedensvertrag abhängig sind, dessen Tendenz dahin geht, den Siegerstaaten durch Zermürbung der Besiegten zu einer wirtschaftlichen und damit auch politischen Vormachtstellung zu verhelfen. In dieser Absicht hat man die Produktionsbasis Deutschlands durch Abtrennung umfangreicher Gebietsteile landwirtschaftlichen Charakters, durch Wegnahme ergiebiger Rohstoffquellen des Inlandes und der Kolonien, durch Kohlentribute und Beschlagnahme des größten Teiles der Handelsflotte, sowie durch Sequestrierung umfangreicher deutscher Unternehmungen im Auslande verkleinert und außerdem Deutschland noch mit einer Wiedergutmachungssumme belastet, die weit über das hinausgeht, wozu wir moralisch und rechtlich verpflichtet sind.

Diese Gewaltpolitik, die sich würdig an die Eroberungssucht Preußen-Deutschlands anlehnt, gewissermaßen ihre Folge ist, fängt aber schon jetzt an, sich zu rächen und Wirkungen zu zeitigen, die ihre Urheber kaum vermutet haben dürften. Erstens war Deutschland ganz naturgemäß gezwungen, seine Produktion zu steigern, um die trotz der Verkürzung an allen Seiten nicht erheblich gesunkene Einwohnerzahl mit ihrem durch den Warenausfall der Kriegsjahre ganz gewaltig gesteigerten Bedarf zu versorgen. Zweitens ist der durch Erschütterung des Vertrauens eingetretene Marktsturz eine prachtvolle Gelegenheit zum Ausverkauf Deutschlands und führt dadurch wieder zu einer gewaltigen Steigerung des Exports mit all ihren unangenehmen Folgen der deutschen Schmutzkonkurrenz im Ausland, der Warenknappheit bei steigenden Valutagewinnen und sinkenden Reallöhnen im Inlande.

Trotz all dieser gewaltigen Anstrengungen und dem blühenden Aussehen der deutschen Wirtschaft, ist das Ganze nur ein trügerischer Schein, denn unsere Handelsbilanz bleibt dauernd passiv, d. h. die Einfuhr übersteigt, wenn vielleicht auch nicht im Gewicht, so doch aber im Wert, die Ausfuhr recht erheblich, was bei der absoluten Wertlosigkeit unserer Mark zwar kein Wunder ist, aber eine riesige Gefahr bedeutet. An sich schon müßte ein Volk, das immer mehr ausgibt als es einnimmt, verarmen; hier aber kommt noch dazu, daß wir unter solchen Umständen in absehbarer Zeit wohl kaum mehr in der Lage sein werden, die uns fehlenden Rohstoffe und Lebensmittel einzukaufen.

Infolgedessen dreht sich jetzt das Problem um zwei Kernfragen, nämlich Stabilisierung der Mark und Steigerung der Produktion. In bezug auf letztere hören wir nun täglich aus den Kreisen der Unternehmer und ihrer Trabanten die Behauptung, der deutsche Arbeiter der Nachkriegszeit sei faul, außerdem hinderten der Achtstundentag, die hohen Löhne, die Zwangswirtschaft und die Eingriffe in die Vermögenssubstanz die volle Ausnutzung der Arbeitskraft und Produktionsmittel; da-

her könne uns nur der Zehnstundentag, die ungebundene Wirtschaft, Schonung der Sachwerte und Abbau der Löhne retten.

Wie sieht es nun mit diesen Schlagworten in Wirklichkeit aus? Warum sollen ausgerechnet die schon mit der Steuererfassung an der Quelle und der Existenzunsicherheit belasteten Arbeiter noch mehr Opfer für „ihr Vaterland“ bringen, wo bleiben die Hilfswerke der Industrie und Landwirtschaft? Werfen wir einen kurzen Blick rückwärts!

Die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Krisen wurde in Deutschland während des Krieges von einem Rationierungssystem abgelöst, das das wenige Vorhandene verteilen wollte, ohne auf die Erzeugung von Waren selbst irgend welchen Druck auszuüben. Infolgedessen zeigte sich bald, daß z. B. die Landwirtschaft trotz ihres Patriotismus nur das erzeugte, was ihr am meisten einbrachte, u. a. auch Gemüse und Sämereien, ja, sie verlangte in edler Menschenliebe sogar noch Produktionsanreize, während sie höhere Löhne als unvaterländisch verwarf. Das führte in kurzer Zeit zum absichtlich extensiven Anbau, denn knappes Angebot erhöht die Preise. Dieser Zustand wurde noch gefördert durch Mangel an Dünger, Arbeitskräften, Zugvieh und die aus der Not geborenen Preisangebote der Hamsterer und Kettenhändler. Die Monopolstellung der Landwirte raubte ihnen jeden Blick für die Nöte des Volkes, sie bezahlten ihre Goldschulden mit Papier und verfügten außerdem noch über gewaltige Guthaben auf Sparkassen, Banken u. dgl. Den vorwiegend auf der Zufuhr ausländischer Futtermittel aufgebauten Viehstand Deutschlands wollten sie durch Verfütterung von Brotgetreide und Kartoffeln aufrecht erhalten; statt den zur Verfügung gestellten Mais abzunehmen, verschoben sie die Maisbezugscheine. Gesetze und Verordnungen gegen dieses gemeingefährliche Tun verpufften wirkungslos, die Unterernährung nahm immer schlimmere Formen an, aber der Egoismus der Bauern blieb und verschärfte den alten Gegensatz zwischen Stadt und Land immer mehr.

Ähnlich lag es in der Industrie. Alles arbeitete fieberhaft für Heeresbedarf, Preise waren Nebensache, Arbeitskräfte knapp, sodaß die Löhne stiegen, ohne allerdings mit der Teuerung Schritt zu halten. Der Inlandsmarkt geriet wegen Rohstoffmangel und bevorrechtigter Heeresbestellungen immer mehr ins Hintertreffen, kurz, auch hier eine Monopolstellung, die scharfes Kalkül oder Vervollkommnung der Technik überflüssig machte. Dazu kamen noch unverhältnismäßig große bauliche Erweiterungen der Werke, um die Gewinne nicht versteuern zu müssen, sowie ein Heer neuer Beamten für die verschiedensten Reichsstellen, das aus der Produktion ausschied, aber mit ernährt und versorgt werden mußte. Ebenso hatte sich die Zahl der Händler, trotz der knappen Ware ungeheuer vervielfacht.

In diesem Zustand überraschte uns der Zusammenbruch, den wir wohl nie überstanden hätten, wenn nicht die Arbeiterschaft tatkräftig eingegriffen hätte.

Die Zeit der gewaltigen Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft erforderte riesige Opfer — aber nur auf Seiten der arbeitenden Klasse, die, zermürbt von Not, Sorge und den Strapazen des Krieges arbeitslos vor den Trümmern einer einst blühenden Wirtschaft stand, während der Kapitalismus nichts von seinen Riesengewinnen abgeben wollte, sie entweder nach dem Auslande verschob oder in Grund und Boden anlegte, der damit künstlich im Wert gesteigert wurde, was natürlich auch auf die Preise seiner Erzeugnisse wirken mußte.

Alles, aber auch alles war durch den Raubbau des Hindenburgprogramms heruntergewirtschaftet. Sämtliche Rohstoffquellen verstopft, die geringen Vorräte erschöpft. Dazu traten die riesigen Ablieferungen von Eisenbahn- und Schiffsmaterial, von Vieh, Kohlen u. dgl., sowie die schon erwähnten Abtretungen hervorragender Gebietsteile, ganz abgesehen von der nun einsetzenden Überschwemmung mit devisenschluckenden, die Arbeitslosigkeit steigenden Fertigwaren, mit Ausländern, Flüchtlingen und der Besatzungsarmee, die alle von uns ernährt sein wollten.

Mit Recht hat Minister Rathenau s. Zt. in Genua darauf hingewiesen, daß Millionen von Arbeitsstunden nur für die finanziellen und Sachleistungen des Friedensvertrages aufgewendet werden müssen, ohne daß die deutsche Volkswirtschaft auch nur den geringsten Nutzen davon hat.

Wer wagt es nach alledem noch, von der Faulheit der deutschen Arbeiter zu sprechen, die trotz Unterernährung und Entblößung von sonst unentbehrlichen Gegenständen hier geradezu eine Glanzleistung vollbracht haben?

Warum will man gerade mit der Arbeitskraft, dem wichtigsten Faktor zum Wiederaufbau, durch den Zehnstundentag Raubbau treiben?

Es scheint, als wenn man durch diesen neuen Fischzug auf Kosten der Arbeiter in erster Linie das kapitalistische System stärken und verewigen will, indem man erstens die berühmte Reservearmee der Arbeitslosen schafft, und zweitens den Tage-

lohn für acht Stunden baldigst auf zehn Stunden anwendet, also kürzt. Eine wirkliche Gesundung der Volkswirtschaft liegt gar nicht in der Absicht jener Leute. Dafür sprechen die verschiedensten Gründe, nicht zuletzt der Kampf der Großkapitalisten gegen die Stabilisierung der Währung. Wir wissen ferner, daß die Unternehmer in den letzten Jahren so gut wie nichts zur Verbesserung ihrer Betriebsmethoden und technischen Rückständigkeit getan haben, weil sie die Konkurrenz auf dem Weltmarkte auch so aus dem Felde schlagen konnten. An die Stelle des früheren Schöpfers und Organisations ist der Spekulantentypus getreten, der weiß, daß die Übermacht der Anfrage über das Angebot und sein Liebling, die sinkende Mark, ihm als Verkäufer mühelose Gewinne in den Schoß werfen. Er kann sich also der Leerlauf eines Teiles seines Betriebes erlauben und huldigt häufig schon deswegen dem Motto: „Kleiner Umsatz, großer Nutzen“, weil ihm der Rohstoffwucher der Syndikate, dem er trotz aller Devisenhamsterei nicht Stand halten kann, dazu veranlaßt. Die Steigerung der Produktion ist demnach also auch eine Frage der Kreditbeschaffung, an der zahlreiche Kleinbetriebe ebenso scheitern werden, wie an ihrer sonstigen Rückständigkeit. Das zeigt sich auch in der Gärtnerei, wo die Großbetriebe sogar noch Gewächshäuser bauen, während Kleinkrauter zur Industrie abwandern, was im Hinblick auf die höhere Leistungsfähigkeit rationell betriebener Großgärtnereien nicht einmal zu bedauern ist.

Eine besondere Niedertracht liegt aber in den Methoden großer Kartelle, einen Teil ihrer Produktion stillzulegen, um die Preise künstlich hochzuhalten. Nicht nur, daß die Anbaufläche der Baumwolle um ein Drittel verkleinert worden ist und Weizen in Lokomotiven geheizt wird, obgleich Tausendehungern und kein Hemd mehr besitzen, auch hier in Deutschland hat die Zementindustrie trotz fabelhafter Wohnungsnot zum gleichen Mittel gegriffen. Betrachten wir ferner den Papierwucher und das damit zusammenhängende große Zeitungssterben, weiter die Millionen von Arbeitsstunden, die durch die Hartnäckigkeit der süddeutschen Metallindustriellen verloren gegangen sind, so sehen wir mit Schrecken die wahren Gründe der mangelhaften Produktion. Auch das Stickstoffsyndikat steht auf dem Standpunkt, den Bedarf der Landwirtschaft voll decken zu können, um dadurch die Errichtung neuer Betriebe möglichst zu verhindern. Bleiben infolge der hohen Preise Vorräte übrig, will man sie zum Dollarkurs ins Ausland verkaufen, „um die Handelsbilanz zu stärken“! Die Großbrennereien erklären, ohne Kartoffeln nicht auskommen zu können, denn sie müßten Schlempe für die Milchgewinnung erzeugen, und der Brauerbund versendet ein Rundschreiben, in dem es heißt: ohne Gerste keine Trebern, ohne Trebern keine Milch! Also, erst Volksgift, dann Säuglings- und Krankennahrung, wahrlich eine nette, nur vom nackten Profit diktierte Volkswirtschaft!

Was soll man weiter von der Steigerung der Erzeugung halten, wenn in jeder gärtnerischen Unternehmerzeitung über die Konkurrenz der Schrebergärtner geklagt wird, die angeblich die Existenz der „steuerzahlenden“ (!) Unternehmer gefährde? Geradezu phantastische Produktionszahlen und Gewinne werden da genannt, die zu der Auffassung berechtigen, daß dann die Gärtnereibesitzer in einer 8—9 stündigen Arbeitszeit mit geschultem Personal Riesengewinne erzielen müssen, wenn sie schon den Laien, die nur nach Feierabend ohne Bezahlung arbeiten, derartiges andichten. Gleichzeitig liegt aber in diesen Behauptungen ein durchschlagendes Argument für den Achtstundentag der Industriearbeiter, denn noch vorteilhafter kann man wohl seine Freizeit überhaupt nicht ausnutzen, als durch den Kleingartenbau, der dadurch neben seinen hygienischen und erzieherischen Vorteilen zum Dienste an der Allgemeinheit wird. Unverständlich bliebe demnach die Parole führender Gärtnereibesitzer, die Produktion einzuschränken, wenn man nicht wüßte, daß es sich auch hier nur um Preispolitik dreht. Allerdings müssen auch wir bei dieser Gelegenheit kurz darauf hinweisen, daß vielerorts die festgesetzten Preise für Gemüse noch nicht mal die Erzeugerkosten decken. Es wäre notwendig, hier mal den Händlern auf die Finger zu klopfen und ihre mühelosen Gewinne zu beschneiden. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, daß breite Kreise der Arbeiterschaft nicht wissen, welcher großen Anteil am Marktpreis heute die relativ hohen Frachtsätze haben.

Zusammengefaßt ergibt sich, daß alle Produzenten rücksichtslos verdienen und nochmal verdienen wollen. Sobald nur von Erfassung der Sachwerte, Getreideumlage oder höheren Steuern der Besitzenden gesprochen wird, setzt sofort die Sabotage ein. Die Industrie verlangt sogar als Gegenleistung für ihr versprochenes Hilfswerk die Überlassung der Staatsbahnen, und die Landwirtschaft wollte von allen „Zwangmaßnahmen“ (Besitzsteuern, Tarife, Getreideumlage) befreit sein. Heute schweigen alle Flöten über diese Hilfswerke, man droht mit Stilllegungen, sobald die Aufträge mal etwas nachlassen. Die Bewohner des deutschen

Häuser sollen allein den großen Brand löschen, während seine Besitzer sie mit der Hungerknute dazu antreiben wollen und der Regierung Aufseherdienste zumuten.

Die Wirtschaft vernichtet gegenwärtig den Staat und sucht ihn zur völligen Ohnmacht zu verdammen. Es ist ihm nicht möglich gewesen, irgend einen Wiederaufbauvertrag mit Frankreich abzuschließen, aber den Industriemagnaten ist es nach Sicherung ihrer Prozente gelungen, während die Gewerkschaften in der gleichen Sache erst schwere Hindernisse beseitigen mußten. Tausende neuer Banken leben nur vom Devisenhandel, d. h. sie saugen am Mark des Volkes, das gerade gut genug ist, Überschichten zu verfahren oder sonstige Mehrarbeit zu leisten. Jede Planwirtschaft oder genossenschaftliche Tätigkeit, z. B. auf dem Baumarkt, wird als lästiger Zwang, der die Produktion hemmt, bekämpft oder durch Materialsperrung bedroht, während man selbst durch die Monopolwirtschaft den Zwang zum obersten Prinzip erhebt. Wo bleibt die freiwillige Preisherabsetzung und Vermögensabgabe als leuchtendes Beispiel für freiwillige Mehrarbeit der schaffenden Stände? Warum sollen wir unsere einzige Ware, die Arbeitskraft, dem Wucher, diesem Faß ohne Boden opfern, bevor alle jene Faulenzer zur Zwangsarbeit herangezogen sind?

Auf 60 Prozent der Vorkriegsproduktion schätzt das Statistische Reichsamt die derzeitige Arbeitsleistung. Dabei besitzen wir aber überhaupt keine Produktionsstatistik, sodaß durch das Loch im Westen, dem Hauptausfallstor des Exports, ungezählte Werte ohne jede Kontrolle verschwinden. Deshalb ist es wohl angebracht, auf die Wirtschaftskurven der „Frankfurter Zeitung“ hinzuweisen, die auf direkten Angaben von 13 Großbetrieben der verschiedensten Branchen beruhen und zeigen, daß dort die Produktion 92—352 Prozent der Friedensjahre beträgt. Nur drei Betriebe bewegen sich unter 100 Prozent, alle übrigen haben sie sogar erheblich überschritten. Das wird übrigens auch von anderen Großindustriellen wie Zeiss-Jena und Bosch-Stuttgart zugegeben. Selbst die so heruntergewirtschaftete Eisenbahn hat wieder eine Leistung von 70 Proz. erreicht, obgleich sie zahlreiche Kriegsbeschädigte beschäftigt und infolge der Materialverteuerung wenig zu ihrer Gesundheit tun konnte. Wenn dagegen beim Bergbau trotz Vermehrung der Belegschaft die Vorkriegsleistung noch nicht erreicht ist, so liegt das in erster Linie an den umfangreichen Verbesserungsarbeiten in den Schächten, die während des Krieges ganz unterblieben sind und zweitens daran, daß gleich an Ort und Stelle riesige Mengen Kohlen zu anderen Produkten verarbeitet werden, ohne sie mitzurechnen.

Die schon erwähnte Vermehrung unseres Beamtenheeres und der Händler, der Verlust wertvoller Arbeitskräfte durch den Krieg und die Verstümmelungen, die soziale Unrast infolge dauernder Lohnkämpfe sowie die Gleichgültigkeit der Unternehmer in bezug auf rationelle Ausnutzung ihrer Werke, sind die Hauptursachen der zurückbleibenden Produktion, aber keineswegs allein nur die Verkürzung der Arbeitszeit, die gegen die Vorkriegszeit sowieso nur 12—15 Proz. ausmacht. In der Landwirtschaft kommt sie so gut wie nicht in Betracht, weil dort in den Sommermonaten an sich länger gearbeitet und bezeichnenderweise nur in einigen Bezirken Deutschlands die in der Landarbeitsordnung vorgesehene Höchstarbeitszeit voll in Anspruch genommen wird. Im Durchschnitt ist man überall mit 2700 Stunden jährlich ausgekommen, die Gründe für den Ausfall von 20 Prozent der Getreideernte, 50 Prozent des Schweinestandes, 11 Prozent der Rindviehhaltung und 48 Prozent der Milchgewinnung liegen also auf anderen Gebieten, die wir bereits gestreift haben. Hier bedarf es in erster Linie restloser Aufschließung aller Ödländereien, Weiterentwicklung der Saatguthochzuchtungen, um Rekorderträge zu erzielen, planmäßiger Erzeugung und Versorgung mit Düngemitteln und schließlich eingehender Aufklärung und Schulung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in wissenschaftlicher Betriebslehre.

Dasselbe gilt sinngemäß natürlich auch für die Gärtnerei, worüber wir ja schon so oft geschrieben haben, daß Wiederholungen entbehrlich sind. Deshalb sei nur hervorgehoben, daß der Widerstand der sogenannten alten Praktiker gegen Düngungschemie und sonstige wissenschaftliche bzw. technische Errungenschaften gebrochen werden muß. Man räume ferner mit dem Sortenwirrwarr und den überlebten Arbeitsmethoden auf, befließige sich kaufmännischer Kalkulation und schließe sich genossenschaftlich zusammen, dann eröffnen sich ungeahnte Perspektiven, wobei nur an Regenanlagen und Kohlensäuredüngung erinnert sei.

Ist denn nun die Verlängerung der Arbeitszeit wirklich das allein seligmachende Mittel?

(Schluß folgt.)

W. R.

Gärtnerei und Getreideumlage.

Wie wir schon verschiedentlich in der „A.D.G.-Z.“ andeuteten, ist den Gärtnereibesitzern die Getreideumlage mächtig auf die Nerven gefallen. Sie haben anscheinend auch ihre Verbandsleitung entsprechend bearbeitet, denn diese veröffentlicht jetzt in Nr. 46 des „Handelsblattes“ einen Artikel, der den Gärtnereibesitzern gute Ratschläge gibt, auf welche Weise sie sich ganz von der Getreideumlage drücken oder ihr in möglichst geringem Umfang gerecht werden können.

Neben dieser Abhandlung hat man aber auch schon die Landwirtschaftskammern durch die Gartenbauausschüsse mobil gemacht, sicherlich aus der Erwägung heraus, daß jene im Hinblick auf ihre berufsmäßige Feindschaft gegen die Umlage auch die Gärtnereibesitzer weitestgehend unterstützen werden.

Anscheinend hat man dabei gar nicht gemerkt, daß man sich selbst backpfeift, wenn man ein solches Verlangen stellt, weil man doch auf der anderen Seite stets behauptet, restlos zur Landwirtschaft zu gehören, wobei es gleich sei, ob man Orchideen oder Kiefern sämlinge kultiviert. Uns sind schon mehr oder weniger verblühte Hilferufe, vor allem aus den Kreisen der Baumschulbesitzer, zugegangen, die wir natürlich mit einer gewissen Genugtuung betrachten, weil — wie Geheimrat Oldenburg in einer Ausschusssitzung des Reichswirtschaftsrates anläßlich der Beratung des gärtnerischen Lehrlingswesens sehr richtig sagte — die Gärtnerei doch etwas ganz anders Geartetes ist.

Für uns ist diese Feststellung schon lange eine glatte Selbstverständlichkeit und wir protestieren dagegen, daß die Herren Gärtnereibesitzer glauben, sich aus jedem Kuchen nur die Rosinen herausuchen zu dürfen, die ihnen gerade passen. Wenn sie ihren Landwirtschaftsimmel auf die Spitze getrieben haben, ist es eine gerechte Strafe für sie, wenn sie daraus auch die Folgen zu tragen haben. Diese Herren sind aber so inkonsequent, daß sie z. B. in Württemberg wohl die landwirtschaftliche Arbeitszeit verlangten, sich aber im gleichen Atemzuge weigerten, auch landwirtschaftliche Löhne zu zahlen.

Aus diesem Grunde haben wir in der letzten Sitzung des Gärtnereiausschusses der Provinz Brandenburg folgende Erklärung zu Protokoll gegeben, der sich auch der Vertreter der christlichen Organisation anschloß:

„Da alle Gärtnereibesitzer behaupten, zur Landwirtschaft zu gehören und durch ihre Organisationen versuchen, dafür auch die Beweise zu erbringen, sind sie verpflichtet, auch die Konsequenzen aus dieser Stellungnahme zu tragen. Es geht nicht an, immer nur Vorteile, z. B. landwirtschaftliche Arbeitszeit u. dgl., für sich in Anspruch zu nehmen, dagegen unbequeme Sachen — wie landwirtschaftliche Löhne, Getreideumlage u. dgl. — abzulehnen. Für uns liegt so lange keine Veranlassung vor, für eine Aufhebung der Getreideumlage einzutreten, als die Arbeitgeber an ihrer Behauptung festhalten. Wenn sie sich materiell geschädigt fühlen, sollen sie ihren rechtlich unhaltbaren prinzipiellen Standpunkt aufgeben, dann sind wir bereit, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften mitzuwirken.“

Wir möchten es für heute bei diesen Ausführungen bewenden lassen, die lediglich dazu bestimmt sind, unsere Funktionäre und Mitglieder über die Vorgänge zu unterrichten, behalten uns aber vor, zu gegebener Zeit darauf noch näher zurückzukommen. Ausschlaggebend für unsere Stellungnahme ist die Tatsache, daß es die Unternehmer im Reichswirtschaftsrat immer wieder versuchen, die gärtnerische Arbeitszeit bei der Landarbeitsordnung unterzubringen und dadurch hinten herum die seit 1910 gegebene Anwendbarkeit der Gewerbeordnung für unseren Beruf zu unterhöheln. Bei einem derartigen Vorgehen gegen die klare Rechtslage wird man natürlich unsererseits auf Gegenliebe im vorliegenden Falle nicht rechnen können.

Privatgärtnerei

Abtöten!

Vom Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter wird uns folgendes geheime Rundschreiben des Verbandes der Waldbesitzer übersandt, das wir vor allem zur Belehrung unserer Guts-gärtner veröffentlichen, die oft noch Kollegen antreffen, welche glauben, daß sie mit ihrer „Herrschaft“ durch dick und dünn gehen müssen, um sich auf diese Weise Vorteile zu sichern. Ihnen dürfte nach dem Lesen dieses Dokuments bald klar werden, daß die Agrarier ihre frühere Macht wieder aufrichten wollen, um dann patriarchalische Almosen an Stelle eines auskömmlichen Lohnes zu geben, für die man dann aus Dankbarkeit noch die Hand küssen soll, damit die gottgewollte Abhängigkeit der Knechte vom Herrn nicht verloren gehe. Man lese:

„Streng vertraulich! Berlin, den 10. Oktober 1922.

An die Herren Waldbesitzer Deutschlands!

Die Ergebnisse, welche die sozialistische Organisation der Forstbeamten in den Schlichtungsverfahren im Rheinland, Frei-

staat Sachsen, Westfalen, und neuerdings Brandenburg erzielt hat und die Gefahren, welche sich daraus ergeben, daß die Privatforstbeamtschaft völlig radikalisiert wird, lassen es als unumgänglich notwendig erscheinen, daß diesen und anderen Organisationen, welche auf gewerkschaftlicher Grundlage stehen und damit sich auf das Klassenkampfprogramm verpflichten, mit allen Mitteln entgegengearbeitet wird. Hierzu kommt, daß die Regierung jeder wirtschaftsfriedlichen Organisation die Anerkennung versagt, solange eine linksgerichtete Organisation besteht. Als günstiges Moment wirkt, daß bei der augenblicklichen Geldentwertung alle Verbände in finanzielle Schwierigkeiten geraten; dies trifft besonders bei den Verbänden zu, welche bisher von anderen Organisationen Zuschuß erhielten, wie die rote Forstbeamtenorganisation. Es ist infolgedessen jetzt der günstigste Augenblick zum Eingriff. Ein besonderer Fall hat gezeigt, daß durch intensive Arbeit die Herausziehung der Forstbeamten aus den gewerkschaftlichen Verbänden bestimmt möglich ist. Damit ist den gewerkschaftlichen Verbänden und der Regierung der Boden zur Bekämpfung einer wirtschaftsfriedlichen Richtung und einer anständigen Gesinnung der Beamten ihren Arbeitgebern gegenüber entzogen.

Es ist deshalb unbedingt erforderlich, für diesen Zweck einen ausreichenden Fonds zu schaffen, der die Bekämpfung der Gewerkschaften in jeder Form ermöglicht. Wir sind der Ansicht, daß es mit diesem Fonds möglich ist, in absehbarer Zeit jede gewerkschaftliche Richtung der Forstbeamten abzutöten und damit allen weiteren Komplikationen mit den Gewerkschaften und vor allem der Regierung aus dem Wege zu gehen."

Es wird dann ein Betrag von 1 M. je Morgen Wald vorgeschlagen und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß sich wegen der großen politischen Tragweite niemand von der Sammlung ausschließe. Unterzeichnet ist das Schreiben wie folgt:

Hochachtungsvoll ergebenst!

In der Urschrift gezeichnet:

Graf von der Asseburg-Falkenstein,
von Flemming-Basenthin,
von Schwarzkopf, Schloß Ratibor,
von Keudell-Hohenlühbichow.

NB. Dieses Schreiben bitten wir nach Kenntnisnahme und Ausfüllung des anliegenden Scheines zu vernichten.

Falls eine Rückfrage erforderlich sein sollte, ist diese an Herrn von Ludwig, Klitschdorf (Bunzlau), zu richten.

Wem nun die Augen über die Bedeutung der Gewerkschaften noch nicht aufgehen, dem ist nicht mehr zu helfen.

Ein schlagfertiger Generaldirektor.

Bei dem Generaldirektor der Vulkan-Werft in Hamburg, Dr. G. Bauer, der im Villenort Reinbek wohnt, ist eine ideale Arbeitsstätte. So manche Unannehmlichkeiten haben unsere Kollegen dort schon erfahren müssen. Den Glanzpunkt seiner Leistungen in dieser Beziehung hat sich Dr. Bauer aber mit folgendem geleistet.

Als sich seine Hühner erlaubten, von einem ihm gehörigen, mit Roggen besäten Stück Land zu fressen, versetzte er dem Kollegen O. eine derbe Backpfeife, weil nach seiner Auffassung der Kollege dieses hätte verhindern müssen.

Um nun den Kollegen zu beruhigen, sollte er sich hierfür ein Geschenk abholen. Von Frau Dr. Bauer wurden dann dem Kollegen zwanzig Papiermark in die Tasche gesteckt, weil er kein Geschenk annehmen wollte.

Nach einiger Zeit bekam der Kollege wieder von Dr. Bauer eine Ohrfeige. Ob Dr. B. damit seine Bildung, die er doch als Generaldirektor besitzen soll, beweisen oder ob er dadurch nur zeigen wollte, daß es in seiner Heimat Bayern so üblich sei, Backpfeifen auszuteilen, darüber kann man im Zweifel sein.

Jedenfalls hat es der Kollege vorgezogen, diesem schlagfertigen Generaldirektor den Rücken zu kehren. Unwillkürlich taucht da die Frage auf, wie weit es noch bis zur Gleichberechtigung der Arbeiterschaft ist.

Das wird im wesentlichen von uns selbst abhängen, darum, Kollegen, besinnt Euch auf Euch selbst und fordert, als Mensch behandelt zu werden. (Nachschr. der Schriftleitung: Wie wäre es mit der Gleichberechtigung auf der Basis, daß der Geschlagene das gleiche Recht beansprucht und sich sofort revanchiert?)

R.

einbarungen die Lohnverhältnisse eine besondere Regelung erfahren haben.

Den 6-Uhr-Ladenschluß

möchten, wie wir der „Bindekunst“ entnehmen, die Geschäftsinhaber in Bonn herbeiführen, um an Beleuchtungskosten zu sparen. Wenn eine behördliche Verfügung nicht zu erzielen sein sollte, will man den früheren Ladenschluß aus eigener Entscheidung einführen. Es ist immerhin beachtenswert, wie manchmal auch „schlechte“ Zeiten dem sozialen Fortschritt dienen.

Lehrlings- und Bildungswesen

Schülermonatskarten für Gärtnerlehrlinge.

Nach einem Bescheid des Reichsverkehrsministeriums vom 23. IX. (EVP. 56 Nr. 3981) sollen Schülermonatskarten unter den für die Handwerkslehrlinge geltenden Bestimmungen auch den gärtnerischen und landwirtschaftlichen Lehrlingen unter Anerkennung der Bescheinigungen der Landwirtschaftskammern zugänglich gemacht werden.

Obergärtnerprüfung für Schleswig-Holstein.

Kollegen, die diese Prüfung machen wollen, werden unter Bezug auf den betr. Artikel in unserer Zeitung Nr. 28 ersucht, sich sofort unter Einsendung aller in Betracht kommenden Papiere (siehe die gleiche Nummer), beim Gärtnereiausschuß für die Provinz Schleswig-Holstein in Kiel, Kronshagener Weg 130, zu melden.

Berichte

Duisburg. Für den Volkspark im Stadtteil Hochfeld wurden 2½ Millionen Mark bewilligt.

Verschmelzung der Handelsgärtnerverbände.

Sicherem Vernehmen nach beabsichtigen die süddeutschen Untermervverbände, sich völlig mit dem Verband deutscher Gartenbaubetriebe zu verschmelzen. Auch die „Süddeutsche Gärtner-Zeitung“ geht ein, was sicherlich von niemand ernstlich betrauert wird.

Gleichzeitig ergibt sich aus einer Einladung in der „Deutschen Obstbauzeitung“, daß die Deutsche Obstbaugesellschaft und der Verband der Gemüsezüchter einen „Einheitsverband für den deutschen Obst- und Gemüsebau“ gebildet haben.

Hoffen wir, daß dieser Vormarsch der Unternehmer zur Einheit auch in unseren Reihen Nachahmung finden möge, um die Schlagfertigkeit der Gärtnerarbeiterschaft gegenüber diesem neuen Gebilde zu erhöhen. Vorher ist es allerdings noch nötig, die Fernstehenden heran zu holen, ihnen zu zeigen, daß selbst die Unternehmer, die wirtschaftlich Stärkeren, den Wert des Zusammenschlusses erkannt haben und von dem nach der Reichsverfassung „jedermann“ zustehenden Recht, sich zu organisieren, umfassenden Gebrauch machen.

Aus dem Gärtnereiausschuß für Brandenburg.

Am 2. November fand nach vorausgegangener Sitzung des engeren Arbeitsausschusses wieder eine Tagung des Gärtnereiausschusses statt. Von den dort gemachten Mitteilungen ist erwähnenswert, daß der Reichsverkehrsminister nunmehr auch für Gärtnerlehrlinge Fahrpreisermäßigungen zugestanden hat, wenn eine Bescheinigung der Landwirtschaftskammer über die Lehre vorliegt. Mit dem Städtischen Berufsamt Berlin ist eine Übereinkunft getroffen, um in der Frage der Berufswahl für Gärtnerlehrlinge ein möglichst gutes Zusammenarbeiten zu erzielen. Weiter ist in Driesen die Errichtung einer Gartenbauschule gesichert. Die Kammer hat ein Grundstück von 7 Morgen für 500.000 M. erworben, wozu die Stadt und der Kreis je ein Drittel zahlen. Außerdem kann noch Land von der Stadt in Pacht hinzugenommen werden. Die Schule wird eine Anstaltsküche — aber kein Internat — erhalten und es soll dort eine Baumschule für Versuchszwecke angelegt werden.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft war an die Kammer wegen der Ausfuhr von Meerrettich, Zwiebeln, Wicken und Erbsen herantreten. Bei letzteren entschied man sich für die vorjährigen Bestimmungen, die die Ausfuhr von Neuzüchtungen vorsehen. Die Ausfuhr von anderem Erbsensaatgut sowie Zwiebeln und Wicken soll abgelehnt, die für Meerrettich gestattet werden.

Ein Vertreter des Gemüsebaues machte die Mitteilung, daß im Gubener Bezirk der Gemüsebau wegen der hohen Frachten zurückgegangen sei, während das Obstjahr 1922 noch besser als das von 1912 wäre.

Die Obergärtnerprüfung wurde für das nächste Frühjahr beschlossen und der Ausschuss stimmte den Vorschlägen für Be-

Blumengeschäftsangestellte

Erhöhung des zentraltariflichen Mindestlohnes.

Der geschäftsführende Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft beschloß eine weitere Erhöhung der zentraltariflichen Mindestlöhne für Bänderinnen und Lehrlinge um 10 Prozent auf die ab 1. Oktober geltenden Sätze. Die erhöhten Löhne gelten ab 20. November und zwar für alle Orte Deutschlands, wo nicht durch örtliche Ver-

setzung der Prüfungskommission zu. An Prüfungsgebühren sollen vorläufig 1000 M. erhoben werden. Ebenso würden alle anderen Gebühren wie folgt erhöht:

Anerkennung als Lehrwirtschaft bis zum 1. Januar 1923 250 M., von da ab 500 M. Prüfungsgebühr für Lehrlinge aus anerkannten Betrieben 200 M., aus nicht anerkannten Betrieben 300 M. Die Tagegelder der Kommissionsmitglieder werden verdreifacht.

Die Einrichtung einer Vermittlungsstelle für geprüfte Gärtnergehilfen bei der Kammer wurde so lange zurückgestellt, bis entsprechende Verhandlungen mit dem Städtischen Berufsamt gepflogen seien. Reinhold hatte schwere Bedenken gegen eine solche Vermittlung überhaupt, weil sie eine Zersplitterung des neuen Arbeitsvermittlungswesens bedeutet und deren segensreiche Aussichten durchkreuzt. Den Klagen über unsachgemäße Vermittlung von Gärtnern durch öffentliche Nachweise könne ja durch Einrichtung von Fachabteilungen bei diesen vorgebeugt werden. Bemerkte sei noch, daß die Auskünfte des Städtischen Berufsamtes natürlich vollständig zwecklos sind, weil ja nur der Verwaltungsausschuß des Landesamtes seine Zustimmung für die Neuerrichtung von Vermittlungsstellen bei den Landwirtschaftskammern geben kann, und dieser wird sich schwer hüten, andere in seinen Machtbereich hineingreifen zu lassen. Über die Verhandlungen zwecks Abwehr der Getreideumlage berichten wir an anderer Stelle. Zum Schluß fand noch eine Aussprache über das gärtnerische Fachschulwesen in Groß-Berlin statt, wo seit Mitte Oktober wieder eine freiwillige Gärtnerfachschule errichtet ist, die von rund 150 Lehrlingen und 50 Gehilfen besucht wird. Der Unterricht beschränkt sich auf Betriebslehre, Obstbau, Düngerlehre und Pflanzenkulturen. Die Stadt, der Verband Deutscher Gartenbaubetriebe und unser Verband geben durch ihre Berliner Ortsverwaltungen entsprechende Zuschüsse.

Kohlenversorgung der Gärtnerei.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat sich unter dem 2. Oktober 1922 (Tgb.-Nr. Dg. 226. 9. 22) zu dieser Frage in einem Schreiben an das Preußische Landwirtschaftsministerium folgendermaßen geäußert:

„Gemäß meiner Bestimmung hat die Regelung des Brennstoffbedarfs der Gärtnereien, soweit sie nicht zu den meldepflichtigen gewerblichen Betrieben gehören, aus dem Hausbrandkontingent der Versorgungsbezirke (Gemeinden mit mindestens 10000 Einwohnern bzw. Kommunalverbände) zu erfolgen. Die in Betracht kommenden Orts- bzw. Kreiskohlenstellen, denen die Unterverteilung der in die Versorgungsbezirke eingehenden Brennstoffe obliegt, sind durch mich darüber unterrichtet, daß die Gärtnereien zu den lebenswichtigen Betrieben gehören, die in erster Reihe mit Brennstoffen zu versorgen sind. Dementsprechend glaube ich annehmen zu dürfen, daß die Gärtnereien in gleicher Weise wie bisher bei der Verteilung der Brennstoffe Berücksichtigung finden werden.“

Dieses Schreiben genügt den Unternehmern nicht und sie haben beschlossen, nochmals vorstellig zu werden.

Vorsicht für Auswanderungslustige.

Wir bekommen in letzter Zeit oft Anfragen über die Arbeitsverhältnisse im Ausland. Zahlreiche Kollegen wollen den Staub Deutschlands von den Füßen schütteln und in valutastarken Ländern ein besseres Los finden. Wir warnen dringend, ins Ausland zu reisen, bevor nicht ganz sichere Unterlagen gegeben sind, daß die betreffenden nicht Opfer irgendwelcher gewissenloser Ausbeuter werden. Es ist ganz besonders zu beachten, daß in allen valutastarken Ländern eine ungeheure Arbeitslosigkeit herrscht und jeder Ausländer von den Arbeitern des betreffenden Landes sehr unfreundlich angesehen wird, da er den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusst. In der Schweiz, in Holland und Dänemark ist die Arbeitslosigkeit so groß, daß die Regierung dem Arbeitslosen die zustehende Arbeitslosenunterstützung auf längere Zeit im voraus zahlt, um ihnen die Ausreise in außereuropäische Länder zu ermöglichen. Das zeigt, wie ungeheuerlich die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern ist.

Zahlreiche Anfragen ergehen auch an uns, ob Gärtner beim Wiederaufbau Nordfrankreichs gebraucht werden. Hieran ist vorläufig noch gar nicht zu denken. Der Wiederaufbau Frankreichs geht nur sehr langsam vor sich. Wird er einmal durch deutsche Arbeitskräfte in Angriff genommen, vergeht immer noch eine Weile, bevor gärtnerische Tätigkeit in Frage kommt. Anfragen in dieser Beziehung sind also vorläufig noch verfrüht.

In dem „Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes“ Nr. 21 finden wir eine Notiz „Aussichten für deutsche Gärtner“. Diese sollen in Argentinien wegen ihrer Kenntnisse und Tüchtigkeit allgemein beliebt sein. Sie müssen sich aber unter den augenblicklich herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen bei ziemlich hohen Anforderungen betreffs langer Arbeitszeit und bei sehr bescheidener Unterkunft und Verpflegung mit mäßigem Lohn be-

gnügen. In allen dortigen Handelskärtnereien herrschen darin gleiche Verhältnisse. Es wird dann gesagt, daß trotzdem deutsche Spezialisten die Möglichkeit haben, vorwärts zu kommen, wenn sie Willen und Ausdauer haben, ein bis zwei Jahre alles Unangenehme zu ertragen und sich hinauf zu arbeiten. Für Rosenspezialisten sind schlechte Aussichten, da hier große Konkurrenz der Italiener mit ihren niedrigen Ansprüchen hinderlich ist. Auch für Obgärtner sind die Aussichten nicht gut. Das Beste für Neuankommende sind Stellungen in Herrschaftsgärten, weil dort bei freier Station trotz mäßigem Gehalt die Gelegenheit zum Sparen und Spanischlernen gegeben ist.

Diese Ausführungen zeigen jedem Kollegen, was er in einem Lande, wo die Aussichten für deutsche Gärtner als „günstig“ bezeichnet werden, zu erwarten hat: jahrelanges Arbeiten bei unendlich langer Arbeitszeit und schlechtem Lohn! Daß man einem deutschen Gärtner trotz schlechtem Lohn zumutet, noch erhebliche Ersparnisse machen zu können, um sich allmählich heranzuarbeiten, zeigt, daß man die Deutschen dort ungefähr so einschätzt wie die bedürfnislosen Italiener. Also auch in dieser Beziehung muß vor Auswanderung gewarnt werden.

Die Adresse des Reichswanderungsamtes ist Berlin NW 6, Luistenstr. 31 a. Das Amt erteilt Auskunft über Aussichten und Verhältnisse im Auslande.

Rundschau

Änderung der Angestelltenversicherung.

Durch Gesetz vom 10. November (RGBl. Nr. 76) ist die Versicherungsgränze auf 840000 M. erhöht worden. Der Jahresarbeitsverdienst staffelt sich in 13 Klassen und ebenso die monatlichen Beiträge von 60—4840 M. Darüber hinaus ist eine bessere Verbindung mit der Invalidenversicherung herbeigeführt, die allerdings noch manches zu wünschen übrig läßt. Vor allem ist aber die bisherige Doppelversicherung aufgehoben. Ab 1. Januar 1923 tritt an Stelle des Kontensystems die Verwendung von Marken.

Branntwein aus Obst.

Durch Verordnung vom 8. September d. J. ist die Herstellung von Branntwein aus Obst verboten. Die Befugnis, Ausnahmen vom dem Verbot zuzulassen, sofern es sich um Obst handelt, das zur menschlichen Ernährung nicht geeignet ist, oder in anderer Weise nicht verwertet werden kann, hat der Preussische Staatskommissar für Volksernährung im Einverständnis mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf die Regierungspräsidenten und für den Bezirk der vormaligen staatlichen Verteilungsstelle für Groß-Berlin auf den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg übertragen.

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Die Not der Zeit drängt auch die örtlichen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen näher aneinander. Wenn es eine Möglichkeit gibt, der grenzenlosesten Willkür des privaten Händlertums zu entgehen und dem schlimmsten Wucher immerhin noch ein Halt zu bieten, so ist es die restlose genossenschaftliche Betätigung in den Konsumvereinen, wo die Mitglieder gemeinsam Einkäufer für sich und Verteiler unter sich sind und daher sich selbst nicht bewuchern können. In dieser Erkenntnis haben vor kurzem die Betriebsräte und Gewerkschaften eines großen Industrieortes in Sachsen die dortige Bezirksgenossenschaft tatkräftig in dem Bestreben unterstützt, die rechtzeitige, ausreichende und billigste Kartoffelversorgung für einen sehr großen Teil der Verbraucherschaft durchzusetzen. Es wurde ein Abkommen getroffen, das auch die Bezahlung der erstandenen Kartoffeln, nämlich durch Vereinbarungen mit den Arbeitgebern, auf eine glückliche Weise möglich machte. Aber auch auf dem Gebiete der finanziellen Stärkung der Konsumvereine betätigten sich neuerdings die Gewerkschaften im dankenswerter Einsicht mit gutem Erfolge. In einer Stadt des Westens hat sich erst vor einigen Tagen der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Ge-

Was wir wollen?

Wir wollen Gerechtigkeit und bekämpfen das Unrecht, Sklaverei. Wir wollen das Wohlergehen aller und Wir wollen die freie Arbeit und bekämpfen die Lohnbekämpfung das Elend. Wir wollen die Bildung aller und bekämpfen die Unwissenheit und die Barbarei. Wir wollen Friede und Ordnung und bekämpfen den Völkermord, den Klassenkrieg, die gesellschaftliche Anarchie. Wir wollen den sozialistischen Volksstaat und bekämpfen den despotischen Klassenstaat. Wer das gleiche will, wer das gleiche bekämpft, der schließe sich uns an und wirke mit allen seinen Kräften für unsere Sache.

Wilhelm Liebknecht.

werkschaftsbundes dem dortigen Konsum- und Sparverein zur Teilnahme an den Hauskassierungen zur Verfügung gestellt, mittels derer die den Konsumgenossenschaften so nötigen erhöhten Mitgliederanteile heringebracht werden. Wegen gemeinsamer Schritte von Gewerkschaften und Genossenschaften gegen die misslichen Wirtschaftsverhältnisse hatte sich ferner, um noch ein Beispiel anzuführen, der Ortsausschuß des ADGB. einer größeren mitteldeutschen Stadt zu gemeinsamem Tun mit dem dortigen Konsumverein vereinigt. Auch hier gaben sämtliche Gewerkschaften die Zusicherung, daß die Genossenschaft bei der Einbringung der zu vermehrenden Betriebsmittel der Unterstützung sicher sein könne. So bringt die Not der Zeit vereinte Anstrengungen zur Erfüllung zwingender Notwendigkeiten.

Glänzende Kartoffelernte.

Die für den Hackfruchtban günstige Witterung dieses Jahres hat zu glänzenden Erntergebnissen geführt. Die Zuckerrüben-ernte ist nach den amtlichen Schätzungen, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden sind, etwa 40 Proz. größer als im Vorjahre, die Futterrüben haben ungefähr 50 Proz. Mehrertrag gebracht und die Kartoffelernte hat ebenfalls rund 50 Prozent Mehrertrag zu verzeichnen als im Vorjahr. Es wurden an Kartoffeln geerntet:

Im Jahre 1913:	44,6 Millionen Tonnen.
„ „ 1921:	26,1 „ „
„ „ 1922:	39,2 „ „

Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß die Ernte von 1913 für das damalige Referatgebiet gilt, bei der Ernte von 1921 sind nur die Gebiete berücksichtigt, die damals noch nicht unter fremder Herrschaft standen (also das gegenwärtige Reichsgebiet einschließlich Oberschlesiens). Die Angaben von 1922 beziehen sich auf das gleiche Gebiet. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes muß gesagt werden, daß die diesjährige Kartoffelernte relativ noch besser gewesen ist wie im Jahre 1913; auch wenn man sie auf die Bevölkerungszahl umrechnet, ist das Verhältnis noch immer günstig. Auf den Kopf der Bevölkerung betrug die Kartoffelernte von 1913 nicht ganz 640 Kilo, in diesem Jahre aber rund 600 Kilo.

Es ist möglicherweise mit einem immerhin bemerklichen Abgang von Kartoffeln zu rechnen. In den Gebieten mit schweren Böden, die jedoch nicht die Hauptkartoffelgebiete sind, hat die starke Feuchtigkeit dieses Sommers ungünstig auf die Gesundheit der Kartoffeln gewirkt.

Zur Schadenersatzpflicht von Schlichtungsausschußmitgliedern.

Ein Mitglied des Schlichtungsausschusses hatte die Sitzung vor Beendigung verlassen und dadurch wegen Beschlußunfähigkeit der Kammer die weitere Verhandlung unmöglich gemacht, so daß gegen ihn Klage auf Schadenersatz in Höhe von 603,80 M. auf Grund des § 823 BGB. erhoben wurde. Das Amtsgericht Leipzig hat die Klage gegen den durch den Arbeitersekretär K. vertretenen Beklagten abgewiesen und in den Gründen folgendes dargelegt: In dem hier in Frage kommenden § 823 Abs. 2 BGB. legt das Gesetz demjenigen die Verpflichtung zum Schadenersatz auf, der gegen ein den Schatz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Als solches spricht die Klägerin den § 5 der Bekanntmachung betr. Bestimmungen zur Ausführung des Hilfsdienstgesetzes vom 21. Dezember 1916 an, der nach § 16 der Verordnung über Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 auch für die Verhältnisse, die bei Ausübung der Amtstätigkeit der Vertreter in Betracht kommen, zu gelten hat. Danach kann mit Geldstrafe bis zu 500 M. bestraft werden, wer die Übernahme des Amtes ohne zulässigen Grund ablehnt, ferner, wer sich ohne genügende Entschuldigung nicht rechtzeitig zu den Sitzungen einfindet oder sich seinen Obliegenheiten in anderer Weise entzieht. Hiergegen hat der Beklagte gefehlt, als er sich als Beisitzer des Schlichtungsausschusses aus der Sitzung vom 21. November 1921 ohne Grund vorzeitig entfernte, so daß vor dem nicht mehr vorschriftsmäßig besetzten Ausschuss eine rechtsgültige Verhandlung und Entscheidung nicht mehr erfolgen konnte. Es hätte daher die Möglichkeit seiner Bestrafung bestanden. Darüber, daß das Ausschußmitglied auch die durch eine solche Pflichtwidrigkeit verursachten Kosten zu tragen hat, ist aber in der angezogenen Verordnung nichts bestimmt, wie dies z. B. im Gerichtsverfassungsgesetz § 56 hinsichtlich der Schöffen und Vertrauensmänner des Ausschusses der Fall ist. Eine solche Bestimmung kam auch für das Schlichtungsverfahren gar nicht in Frage, da dasselbe vollständig gebühren- und stempelfrei ist und auch eine Kosten-erstattung unter den Parteien nicht kennt.

Der Schadenersatzanspruch der Klägerin muß daher schon mangels einer positiven Vorschrift verneint werden.

Denn auch als ein Schutzgesetz im Sinne von § 823 Abs. 2 BGB. ist die Bestimmung in § 5 der Bekanntmachung vom 21. Dezember 1916 nicht anzusehen. Vielmehr handelt es sich bei ihr um eine sogen. Ordnungsvorschrift, die nicht zum Schutze einzelner, sondern im allgemeinen Interesse erlassen worden ist, da durch sie lediglich die ordnungsmäßige Durchführung der Ver-

ordnung über das Schlichtungsverfahren gewährleistet werden sollte.

Die Verletzung dieser Verordnung seitens des Beklagten ist daher, da ihr die Eigenschaft eines Schutzgesetzes abgeht, nicht geeignet, überhaupt einen Schadenersatzanspruch zu begründen.

Übrigens könnte der Beklagte höchstens für die Kosten verantwortlich gemacht werden, die der Klägerin infolge des vorzeitigen Wegganges des Beklagten aus der Sitzung erwachsen sind. Die Aufwendungen, die die Klägerin vom Beklagten ersetzt verlangt, waren aber bis dahin bereits im vollen Umfange entstanden, da ihre Vertreter und ihre ohne Aufforderung gestellten Zeugen bereits erschienen waren. Ein Recht darauf, daß die Zeugen in der fraglichen Sitzung vernommen wurden, und daß die Angelegenheit in derselben Sitzung durchberaten und entschieden wurde, besteht nicht, zum mindesten nicht unbedingt. Im übrigen kann noch auf die im allgemeinen zutreffenden Ausführungen im Schriftsatz des Beklagten vom 6. Mai 1922, Bl. 13 b unter II verwiesen werden.

Die Klage entbehrt nach alledem eines Rechtsgrundes und mußte demzufolge ohne weiteres abgewiesen werden. Cg 241/22.

Das Urteil ist rechtskräftig geworden.

Männerurteile über Frauen.

Der berühmte süddeutsche Maler Hans Thoma schreibt einer Frau in St. Louis: „Ich setze meine Hoffnung nach Besserung unserer Weltzustände jetzt mehr als je auf das Element der Frauen — sie stehen dem natürlichen Empfinden für das, was der Menschheit gut und notwendig ist, näher als der oft hochmütig verstiegene Mann, der von seinem Gewerbe von Theorie und Prinzipien sich nicht lösen kann, der sich auf Meinungen und Weltanschauungen eingeschworen hat und es für Untreue hält, von seiner selbstgebackenen Meinung abzuweichen. Ich glaube, daß, wenn weise Frauen, von ihrem natürlichen Empfinden geleitet, mehr als bisher teilnehmen könnten an der Leitung des Staates, die Brutalität der Völker gegeneinander gemindert würde. . . . Die Frau ist durch die Familie mit dem Volke weit inniger verwachsen als der Mann. In der Frau wirkt und lebt das große Mitleid mit allem Lebendigen, das Mitleid, welches unser Übermenschentum — Übermännertum — so gerne abschaffen möchte. Das weibliche Element ist der hauptsächlich seiner Natur nach berufene Träger der Liebe, welche die Menschen verbinden sollte, die aus der von der Natur gebotenen Mutterliebe hervorst wächst. . . . Das Weib in seinem Mitleid ist berufen, Wunden zu heilen, es würde gewiß, wenn es gehört würde, alles aufwenden, um die Wunden, die der Weltkrieg der Menschheit schlug, überwinden zu helfen.“

In seinem Buch „Lebensführung“ schreibt Wilhelm Förster: „Die Erhebung der Frauen zur vollen Gleichberechtigung zur vollen Würde der geistigen Persönlichkeit, ist in hohem Maße auch eine fundamentale Wohltat für die Kultur des Mannes. Das Dichterwort: „Laß niemand Sklave sein, sonst wirst du's selbst“, gilt in ganz besonderem Sinne für das Verhältnis der Gatten. Ein Mann, der in dieser Lebensbeziehung Anschauungen aufrechterhält, die seinen Wünschen, Bedürfnissen und Launen ein Privilegium sichern und ihn an einen selbstverständlichen Anspruch auf Bedienen gewöhnen — ein solcher Mann verliert seine beste Manneswürde, die gerade in der Strenge gegen sich selbst und in der wachsamten Sorge für den Schwächeren zum Ausdruck kommt. Ein wahrhafter Mann sollte darum einen heiligen Krieg gegen alle offenen und geheimen Männerprivilegien führen: seine Männlichkeit wird sich darin zeigen, daß er Privilegien gewährt, statt sie anzunehmen. Das Sichgehenlassen wird immer am schwersten gestraft an dem, der sich gehen läßt, seine niederen Triebe wachsen sich ungehindert nach allen Seiten aus und schlagen seine höhere Natur in Fesseln. So rächt sich alle Hörigkeit auf Erden. Der Mann, der die Unmündigkeit der Frau auch nur in der leistungsten Form duldet, beraubt sich selber der stärksten Seligkeiten der Seelengemeinschaft.“

Bekanntmachungen

Berlin-Charlottenburg. Zahlabende des Bezirks finden nur jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat im Rest. Büttner, Kaiserin-August-Allee 81, Ecke Sommeringstraße, statt.

Bücherschau

- „Die internationale Arbeitsorganisation und ihr Wirken.“ Von H. Fehling. Dietrich'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig.
- „Die internationalen Wanderungen und die nächste allgemeine Arbeiterkonferenz.“ Von Dr. Emerich Ferenczi. Verlag von Gustav Fischer, Jena.
- „Zeitungsfremdwörter und politische Schlagwörter.“ Von Dr. Braun. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin. Preis 50 M.
- „Vorkurs-Atlas zum 1923.“ (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, SW 68. Preis z. Zt. 157,50 M.)

Redaktionsausschuß der nächsten Nummer Mittwoch, den 6. Dez.